

Niederschrift

**über die 7. Sitzung des verfahrensbegleitenden Ausschusses (vbA) zum
Regionalen Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr
(Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen)**

**am Freitag, 10. Februar 2023, 13:00 Uhr – 13:55 Uhr
Rathaus, Stadt Essen, Porscheplatz 1, 45121 Essen**

Anwesende

Mitglieder:	Carmen Viemann	Stadt Bochum, SPD
	Hans-Josef Winkler	Stadt Bochum, UWG: Freie Bürger
	Sven-Martin Köhler	Stadt Essen, CDU
	Guntmar Kipphardt	Stadt Essen, CDU
	Philipp Rosenau	Stadt Essen, SPD
	Heike Kretschmer	Stadt Essen, DIE LINKE
	Christoph Kersch	Stadt Essen, GRÜNE
	Manfred Leichtweis	Stadt Gelsenkirchen, SPD
	Nils-Peder Dobratz	Stadt Gelsenkirchen, CDU
	Burkhardt Wüllscheidt	Stadt Gelsenkirchen, GRÜNE
	Thomas Grohé	Stadt Gelsenkirchen, DIE LINKE
	Ulrich Syberg	Stadt Herne, SPD
	Andreas Nowak	Stadt Herne, SPD
	Barbara Merten	Stadt Herne, CDU
	Pascal Krüger	Stadt Herne, GRÜNE
	Klaudia Scholz	Stadt Herne, DIE LINKE
	Petra Seidemann-Matschulla	Stadt Mülheim an der Ruhr, CDU
	Oliver Linsel	Stadt Mülheim an der Ruhr, GRÜNE
	Johann Licker	Stadt Mülheim an der Ruhr, Afd
	Silke Wilts	Stadt Oberhausen, SPD
Verwaltung:	Dr. Markus Bradtke	Stadt Bochum, Dezernent
	Martin Harter	Stadt Essen, Beigeordneter
	Felix Blasch	Stadt Mülheim an der Ruhr, Dezernent
	Christoph Heidenreich	Stadt Gelsenkirchen, Stadtbaurat
Gäste:	Michael Bongartz	RVR
Schriftführerin:	Birgit Mollen	Stadt Essen

Es fehlten

entschuldigt:	Karlheinz Friedrichs	Stadt Herne, Dezernent
	Silke Ossowski	Stadt Gelsenkirchen, SPD
	Axel Scherer	Stadt Oberhausen, SPD
	Christina Küsters	Stadt Mülheim an der Ruhr, CDU
	Norbert Axt	Stadt Oberhausen, GRÜNE
	Pierino Cerliani	Stadt Bochum, GRÜNE
	Elke Janura	Stadt Bochum, CDU
	Roland Mitschke	Stadt Bochum, CDU

TOP	Beratungsgegenstände	Vorlagen Nummer
------------	-----------------------------	----------------------------

A) Öffentlicher Teil

1. **Begrüßung und Abstimmung der Tagesordnung**
2. **Genehmigung der Niederschrift der 6. Sitzung**
3. **Aufstellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren** **001**
zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP):
55 BO: Dietrich-Benking-Straße Ost
Referent: Dezernent der Stadt Bochum
4. **Auslegungsbeschluss für ein Änderungsverfahren** **002**
zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP):
46 E: Bottroper Straße/Hilgerstraße (Thurmfeld)
Referent: Dezernent der Stadt Essen
5. **Auslegungsbeschluss für ein Änderungsverfahren** **003**
zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP):
53 GE: Gewerbepark Schalke-Nord
Referent: Dezernent der Stadt Gelsenkirchen
6. **Feststellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren** **004**
zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP):
44 MH: Wissollstraße
Referent: Dezernent der Stadt Mülheim an der Ruhr
7. **Feststellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren** **005**
zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP):
48MH: Sport- und Freizeitanlagen Uhlenhorstweg
Referent: Dezernent der Stadt Mülheim an der Ruhr
8. **Sitzungstermine 2023** **006**
9. **Aktuelle Entwicklungen in der Region**
 - **Regionalplan Ruhr: Sachstand und weiteres Vorgehen**
Referent: Herr Bongartz, RVR

10. **Mitteilungen der Verwaltung**

- **Rechtswirksamkeit von Änderungsverfahren (Mitteilung):
41 MH: Oberheidstraße
Referent: Dezernent der Stadt Mülheim an der Ruhr**

B) **Nicht öffentlicher Teil**

./.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Ulrich Syberg, eröffnet um 13:00 Uhr die 7. Sitzung des vbA zum Regionalen Flächennutzungsplan der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen und heißt die Anwesenden im Rathaus der Stadt Essen herzlich willkommen.

Er stellt nunmehr fest, dass die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht übersandt wurde.

1. **Abstimmung der Tagesordnung**

Der Tagesordnungspunkt 6. wird auf Wunsch der Stadt Mülheim an der Ruhr von der Tagesordnung abgesetzt. Das Verfahren 44 MH wird innerhalb der Stadt von einem Projektbeirat eng begleitet. Dieser Beirat tagt erst wieder im März 2023 und hat noch Beratungsbedarf angemeldet. Deshalb soll der Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung des vbA RFNP im Juni 2023 geschoben werden. Weitere Änderungsbedarfe werden nicht angemeldet. Herr Syberg stellt nunmehr fest, dass der Ausschuss die Tagesordnung mit der v.g. Änderung billigt wird und ruft TOP 2 der Tagesordnung auf.

2. **Genehmigung der Niederschrift der 6. Sitzung**

Zur Niederschrift der 6. Sitzung gibt es folgende Anmerkungen.

Herr Bongartz referierte unter dem TOP **Regionalplan Ruhr: Sachstand und weiteres Vorgehen**. Es wurde protokolliert, dass die politischen Vertreter der Verbandsversammlung im Rahmen einer Informationsveranstaltung im November 2022 über die wesentlichen Änderungen informiert werden sollen. Diese Veranstaltung war für Dezember 2022 geplant.

Herr Linsel, Fraktion GRÜNE (Mülheim an der Ruhr) gibt mit Mail vom 15.10.22 folgenden Änderungswunsch zu TOP 6 zu Protokoll:

„Meine Frage war nicht zu dem Verhältnis von RP und GFNP, sondern vielmehr zum Verhältnis der kommunalen Bauleitplanung zu den beiden.

Außerdem hatte ich angeregt die beiden Planwerke in digitalen Katastern bereitzustellen und zu ermöglichen diese beiden Darstellungen in Layern übereinander legen zu können. Dies wäre beispielsweise über das RVR eigene Portal möglich oder über die Katasterdienste der Kommunen.“

Die Niederschrift wird insofern mit den v.g. Änderungen einstimmig beschlossen.

3. **Aufstellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Regionalen 001 zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP):**

55 BO: Dietrich-Benking-Straße Ost

Referent: Dezernent der Stadt Bochum

Herr Dr. Bradtke, Stadt Bochum, erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation das Bochumer Änderungsverfahren 55 BO „Dietrich-Benking-Straße“ für das in dieser Sitzung die Empfehlung für den Aufstellungsbeschluss gegeben werden soll.

Der RFNP-Änderungsbereich hat eine Größe von ca. 1,0 ha und liegt im Bochumer Norden, genauer im Stadtteil Hiltrop, Zielsetzung ist die Errichtung eines neuen Wohngebietes. Der regionalplanerische Teil des RFNP legt im Änderungsbereich Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche fest. Die Festlegung soll zukünftig in Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) geändert werden. Der flächennutzungsplanerische Teil des RFNP stellt im Änderungsbereich Grünfläche dar. Zukünftig ist die Darstellung von Wohnbaufläche vorgesehen.

Herr Dr. Bradtke erläutert, dass die bisher im Bebauungsplan festgesetzte gewerbliche Nutzung nicht weiterverfolgt wird, vielmehr ist eine Wohnbaulandentwicklung mit ca. 29 Reihenhäusern und einem Mehrfamilienhaus mit 16 Wohneinheiten und gefördertem Wohnungsbau vorgesehen.

Die Aufstellungsbeschlüsse sollen im 2. Quartal 2023 gefasst werden, die frühzeitige Öffentlichkeits- und Trägerbeteiligung inkl. Scoping ist ebenfalls im 2. Quartal 2023 vorgesehen. Parallel soll ein Vorhaben- und Erschließungsplan aufgestellt werden, der Abschluss des Verfahrens wird für Ende 2024 angestrebt.

Frau Scholz, Fraktion DIE LINKE (Herne), kritisiert den Verlust von Grünfläche in Zeiten des Klimawandels. Eine verbindliche Sicherung des Freiraums sei nicht gegeben. Ihre Fraktion sehe das Vorhaben sehr kritisch und kann daher keine Zustimmung erteilen.

Herr Kersch, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass die Grünen in Bochum das Vorhaben ebenfalls nicht unkritisch sehen, dazu aber noch im Prozess der Meinungsbildung seien. Die Grüne Fraktion enthalte sich deshalb heute.

Der vbA empfiehlt den Räten der beteiligten Städte folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt <Name> beschließt gemäß § 19 Abs. 1 in Verbindung mit § 41 Landesplanungsgesetz (LPIG NRW) und § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung der folgenden Änderung zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP) und die Einleitung des entsprechenden Planverfahrens:

55 BO: Dietrich-Benking-Straße

Die Fraktionen SPD und CDU stimmen dafür. Die Fraktion DIE LINKE stimmt dagegen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthält sich.

Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt mehrheitlich.

4. Auslegungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP):

46 E: Bottroper Straße/Hilgerstraße (Thurmfeld)

Referent: Dezernent der Stadt Essen

Herr Harter, Stadt Essen, erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation das Essener Änderungsverfahren 46 E „Bottroper Straße / Hilgerstraße (Thurmfeld)“ für das in dieser Sitzung die Empfehlung für den Auslegungsbeschluss gegeben werden soll. Der RFNP-Änderungsbereich hat eine Größe von ca. 11,5 ha und liegt im Stadtteil Nordviertel. Zielsetzung ist die Entwicklung eines „Forschungs- und Innovationscampus“. Hierzu wurde ein Letter of Intent mit der Zielsetzung verabschiedet, den Universitätsstandort weiterzuentwickeln. Der städtebauliche Entwurf zeigt u.a. eine „Grüne Fuge“ wegen der darunterliegenden U-Bahn vor. Die Gebäude der Universität sind weitgehend durchgeplant, entsprechende Förderanträge sind bereits gestellt. Der Campus soll einem Austausch Studierender, Wirtschaft etc. dienen und Synergieeffekte schaffen.

Der regionalplanerische Teil des RFNP legt im Änderungsbereich Allgemeine Siedlungsbereiche fest. Die Festlegung soll zukünftig in Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) für zweckgebundene Nutzungen geändert werden. Der flächennutzungsplanerische Teil des RFNP stellt im Änderungsbereich Wohnbaufläche und gewerbliche Baufläche dar. Zukünftig ist die Darstellung einer Sonderbaufläche mit unterschiedlichen Zweckbestimmungen vorgesehen.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wurden wesentliche Stellungnahmen u.a. von Leitungsträgern, dem LANUV, MDIWE abgegeben, die zu einer inhaltlichen Anpassung der Begründung und des Umweltberichtes geführt haben. Der Änderungsbereich wurde im Nordosten erweitert und die Darstellung gewerbliche Baufläche aus dem Vorentwurf in SO mit Zweckbindung geändert.

Die Auslegungsbeschlüsse sollen im 1./2. Quartal 2023 gefasst werden, die förmliche Öffentlichkeits- und Trägerbeteiligung inkl. Scoping ist im 2. Quartal 2023 vorgesehen.

Frau Scholz, Fraktion DIE LINKE (Herne) erläutert, es gäbe 4 Schutzgüter, bei denen die Umweltprüfung jeweils erhebliche Auswirkungen aufzeige, z.B: Erhöhung der Emissionen. Sie werde dem Verfahren daher nicht zustimmen.

Herr Kipphardt, Fraktion CDU (Essen) führt für seine Fraktion aus, dass die städtebaulichen Ideen und der Nutzen ausdrücklich begrüßt würden, insbesondere die Verknüpfung von Wirtschaft und Forschung und der Vorlage daher zugestimmt würde.

Herr Kersch, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Essen) unterstreicht die im nördlich angrenzenden Bereich ökologische Qualität des Segeroth Friedhofs, der Rückzugsraum für Pflanzen und Tiere biete. Darüber hinaus begrüße seine Fraktion, dass die umgebende Fläche der Universität zur Verfügung gestellt werden könne und dieses Quartier autofrei entwickelt werden soll. Von seiner Fraktion gäbe es von daher eine Zustimmung.

Frau Kretschmer, Fraktion DIE LINKE (Essen) fragt nach inwieweit die Erkenntnisse der neuen Klimaaanalyse der Stadt Essen in die Planung einfließen?

Herr Harter, Stadt Essen, führt aus, dass auf der detaillierteren Ebene der Bauleitplanung weitere Gutachten vergeben werden. Es sei wichtig, die zentrale Lage im innerstädtischen Raum und die Nähe zur Universität zu nutzen und Synergien zu erwirken. Eine U Bahnhaltestelle befinde sich

in der Nähe und in der Abwägung sei insgesamt ein nachhaltiges Stadtentwicklungspaket entstanden.

Herr Grohe, Fraktion DIE LINKE (Gelsenkirchen), erfragt, inwieweit dieser Standort für Forschung und Bildung im Einzugsbereich auch Bildungseinrichtungen für die späteren Nutzer (z.B. Kindergarten und Grundschule) berücksichtige?

Herr Harter, Stadt Essen, ergänzt hierzu, dass der Schulinfrastrukturausbau in Essen über einen Schulentwicklungsplan gesteuert werde. Eine Grundschule sei im Plangebiet nicht vorgesehen, eine KiTa ggf. denkbar, die konkrete Ausgestaltung wäre mit den zukünftigen Nutzern abzustimmen. Im Rahmen dieser Planungsphase sei dieses noch nicht erforderlich bzw. sei der späteren Vermarktung vorbehalten.

Herr Wüllscheidt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Gelsenkirchen) hebt noch einmal auf Nachvollziehbarkeit der gestalterischen Vorgaben oder Qualität der Baukonzepte ab.

Der vbA empfiehlt den Räten der beteiligten Städte folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt <Name> nimmt die Ergebnisse aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der öffentlichen Stellen, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Anregungen und diesbezügliche Stellungnahmen der Verwaltung) zur Kenntnis.

Der Rat der Stadt <Name> beschließt, das Plangebiet der Änderung 46 E neu abzugrenzen. Dabei wird im Nordosten die Fläche zwischen Hilgerstraße, Bersonstraße und Segerothpark in den Änderungsbereich einbezogen.

Der Rat der Stadt <Name> beschließt die öffentliche Auslegung und Beteiligung der öffentlichen Stellen, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange auf Grundlage des vorliegenden Planentwurfs für das Änderungsverfahren zum RFNP 46 E: Bottroper Straße / Hilgerstraße (Thurmfeld)

Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE stimmen dafür. Es gibt eine Gegenstimme von Frau Scholz, Fraktion DIE LINKE, Stadt Herne.

Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt mehrheitlich.

5. Auslegungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Regionalen 003

Flächennutzungsplan (RFNP): 53 GE: Gewerbepark Schalke-Nord

Referent: Dezernent der Stadt Gelsenkirchen

Herr Heidenreich, Stadt Gelsenkirchen, erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation das Gelsenkirchener Änderungsverfahren 53 GE „Gewerbepark Schalke-Nord“ für das in dieser Sitzung die Empfehlung für den Auslegungsbeschluss gegeben werden soll. Der RFNP-Änderungsbereich hat eine Größe von ca. 5,2 ha im Stadtteil Mitte. Es handelt sich um die Herausnahme des Örtlichen Hauptverkehrszuges zwecks Revitalisierung des Gewerbegebietes. Die Festlegung soll zukünftig in Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) bzw. Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche geändert werden.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wurden wesentliche Stellungnahmen vom Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes NRW abgegeben, die zu einer inhaltlichen Anpassung der Begründung geführt haben.

Herr Heidenreich erläutert, die Stadt Gelsenkirchen habe einen Investor gefunden, der den Bereich gewerblich entwickeln möchte, die Straße werde daher nicht mehr benötigt. Der zugehörige Bebauungsplan befinde sich bereits im Verfahren. Die Auslegungsbeschlüsse sollen im 2. Quartal 2023 gefasst werden, die förmliche Öffentlichkeits- und Trägerbeteiligung inkl. Scoping ist ebenfalls im 2. Quartal 2023 vorgesehen.

Herr Dobratz, Fraktion CDU (Gelsenkirchen) fragt nach, ob die entfallende Plandarstellung als örtlicher Hauptverkehrszug einem zukünftig ggf. erforderlich werdenden Ausbau der bestehenden Straßen entgegenstehen könne.

Her Heidenreich, Stadt Gelsenkirchen verneint dies und ergänzt, dass aktuell der Masterplan Mobilität beschlossen worden sei und derzeit eine solche Notwendigkeit nicht erkennbar sei.

Der vbA empfiehlt den Räten der beteiligten Städte folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt <Name> nimmt die Ergebnisse aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der öffentlichen Stellen, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Anregungen und diesbezügliche Stellungnahmen der Verwaltung) zur Kenntnis.

**Der Rat der Stadt <Name> beschließt die öffentliche Auslegung und Beteiligung der öffentlichen Stellen, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange auf Grundlage des vorliegenden Planentwurfs für das Änderungsverfahren zum RFNP 53 GE:
Gewerbepark Schalke-Nord**

Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE stimmen dafür.

Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt einstimmig.

- 6. Feststellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP) 004**
44 MH: Wissollstraße
Referent: Dezernent der Stadt Mülheim an der Ruhr

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

- 7. Feststellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP) 005**
48 MH: Sport- und Freizeitanlagen Uhlenhorstweg
Referent: Dezernent der Stadt Mülheim an der Ruhr

Herr Blasch, Stadt Mülheim an der Ruhr, erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den Feststellungsbeschluss für die 48. Änderung des RFNP. Der Änderungsbereich befindet sich im Stadtteil Broich, dem sog. Uhlenhorster Wald. Entwicklungsziel ist die Sicherung und angemessene Weiterentwicklung der bestehenden Sport- und Freizeitanlagen. Die aktuelle Darstellung Wald steht dem Bauvorhaben entgegen. Wesentliche Stellungnahmen zur förmlichen Beteiligung erfolgten zum angrenzenden Landschaftsschutzgebiet, dem Verlust des Regionalen Grünzuges und von Wald. Es erfolgte keine Änderung des Entwurfes, sondern nur eine redaktionelle Fortschreibung.

Das Planverfahren sei soweit abgeschlossen. Auf der Fläche befinde sich ein Denkmal mit einer großen Reithalle, d.h. die Fläche ist weitestgehend bebaut. Der Bereich soll deshalb zukünftig komplett als SO für Freizeit, Erholung und Sport dargestellt und die Plandarstellung der Realität angepasst werden. Hier soll das Bundesleistungszentrum Hockey entstehen. Die Einvernehmensherstellung des RVR ist bereits im September 2022 erfolgt. Die Einreichung des Genehmigungsverfahrens ist nach der Beschlussfassung durch die Räte im 2. Quartal 2023 vorgesehen

Es gibt keine Wortmeldungen

Der vbA empfiehlt den Räten der beteiligten Städte folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt <Name> beschließt gemäß den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG), des Landesplanungsgesetzes (LPIG NRW) und des Baugesetzbuches (BauGB) in Verbindung mit der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) jeweils in der geltenden Fassung die Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes (RFNP)

48 MH (Sport- und Freizeitanlagen Uhlenhorstweg)

nach vorangegangener Prüfung und Entscheidung über die im Verfahren abgegebenen und in der Anlage aufgeführten Stellungnahmen.

Die Änderung besteht aus Plan, Textteil und beigefügter Begründung einschließlich Umweltbericht.

Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE stimmen dafür.

Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt einstimmig.

8. Sitzungstermine 2023

006

Der verfahrensbegleitende Ausschuss beschließt an den folgenden Sitzungsterminen 2023 zu tagen:

Freitag, den 02.06.2023, um 13.00 Uhr und

Freitag, den 29.09.2023, um 13.00 Uhr

Sitzungsort ist das Rathaus der Stadt Essen, die Vorbesprechungen beginnen jeweils 60 Minuten vor den Sitzungen.

Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE stimmen dafür.

Die Beschlussfassung zu dem Sitzungstermin erfolgt einstimmig.

Herr Syberg weist noch einmal darauf hin, dass der Ausschussvorsitz so wie auch in den vergangenen Legislaturperioden nach etwa der Hälfte der Legislaturperiode wechselt. Ab der nächsten Sitzung übernimmt Herr Kipphardt den Ausschussvorsitz. Herr Syberg bedankt sich noch einmal für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und den fairen Umgang miteinander.

9. Aktuelle Entwicklungen in der Region

- **Regionalplan Ruhr: Sachstand und weiteres Vorgehen**

Referent: Herr Bongartz, RVR

Herr Bongartz informiert anhand einer Powerpoint-Präsentation zur 3. Beteiligung des Regionalplans Ruhr und berichtet, dass die nächste Etappe im Rahmen des Aufstellungsverfahrens erreicht sei, man befinde sich sozusagen auf der Zielgeraden. Aufgrund einer Entscheidung des OVG Münster zu den Veränderungen der Versorgungszeiträume für Rohstoffe musste die Flächenkulisse für Rohstoffe geändert und der Plan erneut ausgelegt werden, gleichzeitig seien geringfügige Änderungen auf Wunsch der Kommunen erfolgt.

Er führt aus, es habe nur geringfügige Änderungen an den zeichnerischen Festlegungen der Siedlungsbereiche gegeben, insgesamt 32 Änderungen im gesamten Verbandsgebiet. Hierbei handelt es sich z.B. um die Klarstellung an den vorhandenen Baubestand, aktuelle Entwicklungen, die zum Zeitpunkt der 2. Offenlage noch nicht bekannt waren oder redaktionelle Erfordernisse. Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur waren im gesamten Verbandsgebiet insgesamt 7 Änderungen erforderlich.

Darüber hinaus wurden Änderungen an textlichen Festlegungen, der Begründung und am Umweltbericht vorgenommen, die schwerpunktmäßig nur redaktioneller Natur seien, z.B. Aktualisierungserfordernisse. Insgesamt handelt es sich um 60 Änderungen textlicher Festlegungen, zur 2. Offenlage waren es 450 Änderungen. Die Anzahl der Änderungen im Freiraum beläuft sich auf 24 Flächen und löse keine großartigen Konflikte aus.

Vor allem im westlichen Teil des Verbandsgebietes, Kreis Wesel, wurden flächenmäßig größere Änderungen der Abgrabungsbereiche vorgenommen. Es wurden 3 Rohstoffbereiche zurückgenommen und die Flächenbilanz von 2551 auf 2119 ha reduziert. Das Thema besitzt dort eine hohe Priorität.

Die Einsichtnahme und Möglichkeit der Stellungnahme sind bis zum 31.03.2023 gegeben, wobei Stellungnahmen nur zu den Änderungen aus der 2. Beteiligung möglich sind. Anschließend erfolgen die Auswertung und Kommentierung der eingegangenen Stellungnahmen seitens des RVR. Für Mai 2023 ist ein Sachstandsbericht im Planungsausschuss des RVR vorgesehen. Angestrebt ist, bis Ende Dezember 2023 das Planwerk fertig zu stellen und dann Anfang 2024 bei der Landesplanungsbehörde zur Genehmigung einzureichen. Diese hat 3 Monate Zeit für eine Rechtskontrolle, so dass Ende im Frühjahr 2024 nach 50 Jahren wieder ein rechtskräftiges flächendeckendes Planwerk für das Verbandsgebiet vorliegen könnte.

Der verfahrensbegleitende Ausschuss RFNP nimmt den Bericht zur Kenntnis.

10. Mitteilungen der Verwaltung

- **Rechtswirksamkeit von Änderungsverfahren (Mitteilung):**

41 MH: Oberheidstraße

Referent: Dezernent der Stadt Mülheim an der Ruhr

Herr Blasch teilt dem Ausschuss mit, dass das RFNP Änderungsverfahrens 41 MH: Oberheidstraße am 02.11.2022 rechtswirksam geworden ist. Hierzu gibt es keine Anmerkungen.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 13:55 Uhr geschlossen.

B) Nicht öffentlicher Teil

./.

Zum nicht öffentlichen Teil gibt es keine Wortmeldungen.

Der nicht öffentliche Teil der Sitzung wird um 13:55 Uhr geschlossen.

Die Präsentationen zu den Tagesordnungspunkten 3.- 5., 7. und zu 9. sind als Anlage beigefügt bzw. stehen auf der Internetseite der Städteregion Ruhr unter <http://www.staedteregion-ruhr-2030.de> als Download bereit.

gez. Syberg
Ausschussvorsitzender

gez. Mollen
Schriftführerin